

*Wer plant die Stadt?
Offener Brief an den Bremer Senat,
die Bürgerschaft und die
Bürger aus Bremen und Umzu*

Olaf Brandtstaedter
über den Bahnhofsplatz

Ausgehend von den vielen konstruktiv-kritischen Leserbriefen zu den Dauerbrennern Bahnhofsplatz, City-Center, Stadtentwicklung, die in den Bremer Medien in den vergangenen drei Jahren erschienen, möchte ich unseren Senatoren, unseren Bürgerschafts-Abgeordneten und unserem Bürgermeister folgende Fragen stellen: Wie nehmen Sie Volkes Stimme wahr? Können Sie den vorgetragenen Alternativen, Inhalten und Ideen der engagierten und fachkundigen Bürger etwas abgewinnen? Oder verstehen Sie Ihr politisches Handeln im finanzschwachen Bundesland Bremen als alternativlos und denken Sie im Hinterkopf: „Ihr habt gut reden; wärt ihr in der Verantwortung, würdet ihr weniger große Rosinen im Kopf haben. City-Center ging nicht, der Investor zog sich zurück. Siemens in Bremerhaven ging nicht, der geht jetzt nach Cuxhaven. Jetzt müssen wir am Bahnhof Flagge zeigen und demonstrieren, dass in dieser Stadt noch was geht. Ein Investor nimmt 100 Millionen am Bahnhofsplatz in die Hand, also los - Bremen wird Einkaufsstadt.“ ?

Das Problem dabei: Der Bahnhofsplatz wird seit seiner „Versteigerung“ in seiner städtischen Funktion von der Politik falsch wahrgenommen. Es bestand und besteht offenbar weiterhin die irriige Annahme, der investorengesteuerte Städtebau hätte eine zukunftsorientierte Stadtplanung und die berechtigten Bedürfnisse der Bürger nach Aufenthaltsqualität vor Bremens größtem

Denkmal, dem Bremer Hauptbahnhof im Sinn. Dem ist nicht so. Mit 7.000 Unterzeichnern, etwa 200 Leserbriefen, zwei Petitionen mit je 900 Unterzeichnern und dem fachlichen Beistand von Architekten und Stadtplanern zeichnet sich ein unüberhörbarer Bürgerwille ab, der die jetzige angedachte und begonnene Bebauung des Bahnhofsplatzes ablehnt. Stadtplanerisch denkende Bürger wie Bremens langjähriger Gartenbauamtsleiter Dr. Klaus Rautmann kritisieren, dass es hier nicht nur um die Gestaltungs-Qualität der „Dudler-Blöcke“ geht, sondern um eine „städtebauliche Qualität im Gesamtzusammenhang“. An einer so entscheidenden Stelle wolle man sich „alltäglich wohlfühlen können“. In der „markanten Ankunftssituation des Bahnhofareals erwartet man sowohl für Bremer/innen als auch für Touristen von der räumlichen Gestaltung keine bauliche Abriegelung“. Claus Schroll, der sich seit langem mit Stadtentwicklung befasst und ebenfalls Mitglied unserer Initiative ist, gibt zu bedenken, dass ein begrünter Bahnhofsplatz mit Bäumen uns besser vor kommenden Hitzeperioden und der dortigen Feinstaubsituation schützen würde. Dazu würden die Dudler-Blöcke eine „bedrückende Enge“ erzeugen. Was haben die Fachbehörden, Politik und Verwaltung solchen Kritiken entgegensetzen? Ein schon seit langem anhaltendes Schweigen der Bremer Parteien, Vertreter der Partei „Die Linke“ einmal ausgenommen, die das Projekt ablehnen. Eilends wurde dann dieser Tage vom Bremer Senat der anstehende Baubeginn verkündet. Die sich noch in der parlamentarischen Beratung befindende Petition zur vertraglichen Möglichkeit des Rückkaufs des Geländes ist dabei völlig

außer Acht gelassen worden. Diese Vorgehensweise stellt eine vollkommene Ignoranz der Bürgerinteressen dar. Dem sich abzeichnenden Bürgerwillen geschuldet hätte die Rückkaufmöglichkeit nach dreieinhalb Jahren ohne Baubeginn jetzt auf den Verhandlungstisch gehört. Sogar und entscheidend zögerten die Banken, wie berichtet wurde. Doch der Bremer Senat verlängert eigenmächtig einfach die Frist, innerhalb derer der Bau fertig gestellt sein muss. Großspurig verkündet der neue Bürgermeister, das Projekt werde die „Stadt bereichern“ und die „großstädtische Atmosphäre unterstreichen“. Wenn er sich da mal nicht täuscht. Warum geht die Politik auf den bürgerlich-fachkundigen Widerstand nicht ein? Ein Erklärungsversuch. Der kürzlich viel zu früh verstorbene Psychologe Prof. Dr. Peter Kruse berichtete seinem Publikum am 15.11.2013 anlässlich einer Veranstaltung zum Thema Bürgerbeteiligung im Festsaal der Bürgerschaft folgendes: Eine Person hätte mit der kollektiven Intelligenz von 300 wohlausgesuchten Bekannten und Fachleuten eine Firma gegründet – und war erfolgreich. Doch, so Kruse später, es würde noch sehr lange dauern, bis die Vorteile des kollektiven, umfangreicheren Wissens Einzug in Politik und Verwaltung halten und von ihr erkannt werden würden. Dazu stellte er 10 provokante „Regeln für Stillstand bei Bürgerbeteiligung“ auf. Einige dieser „Anregungen für Politik und Verwaltung“: Politik und Verwaltung sollten etwa immer erst dann mit Bürgerbeteiligung beginnen, wenn die Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen bereits abgeschlossen sei. Sie sollten das Vorurteil stützen, dass sich Bürger immer nur dann engagierten, wenn es um eigene Interessen ginge. Bürgerbeteiligung solle man öffentlich den

Status einer „heiligen Kuh“ geben, doch intern „kein gutes Haar“ an ihr lassen.

Wäre nicht ein Anfang gemacht, wenn Politik und Verwaltung mit den engagierten und fachkundigen Bürgern Kontakt aufnahmen, um den Bahnhofplatz neu zu denken, so dies beim City-Center/Ansgari-Platz jetzt möglich ist? Oder sind wir schon bei einem Bremischen Kasten-Wesen mit der groben Einteilung Politiker-Kaste, Verwaltungs-Kaste, Bürger-Kaste angelangt? Und dem Nicht-Kontakt zwischen den oberen beiden zur unteren Kaste der „unberührbaren“ Bürger? Quo vadis, Bremen? Geht es mittlerweile nur noch darum, dass die beiden oberen Kasten es vorrangig als ihr Ziel ansehen, ihren Fortbestand mithilfe des Bundesland-Status materiell abzusichern? Bewirken Brandbriefe aus der Verwaltung (wie vor kurzem aus den Ressorts Soziales und Gesundheit), Kritiken der Gewerkschaften an den Sparkonzepten (angedacht sind Landeslehrer, Landespolizist), Kritiken von fachkundigen Bürgern an Stadtplanung nichts mehr? Ist es alternativlos und sinnvoll, Geld und betuchte Steuerzahler in die Einkaufs-Stadt Bremen zu holen, bei gleichzeitiger Abschaffung des öffentlichen Raumes und der sozialen Orte, wie an verschiedenen Bremer Orten angesichts der Bebauung von Schwimmbädern, Sportplätzen, Grünflächen (der grüne Bausenator nennt das „Innenentwicklung“) und eben auch dem Bahnhofplatz zu beobachten ist? Müssen die Politiker in Bremen nicht besser werden angesichts einer Wahlbeteiligung von 50 %, die es gerade im Mai 2015 gab? Oder denken unsere Politiker jetzt etwa: „Prima, die Hälfte geht nicht mehr hin, also meckern jetzt auch weniger. Und die Nicht-Wähler buchen wir einfach auf unsere Seite, die werden von uns

vereinnehm. Denn wer nicht wählt, stimmt uns zu.“

Vielleicht sollten die Bürger Bremens angesichts solcher Verhältnisse ihren Bahnhofsplatz nun selbst in die Hand nehmen und ihn zur Chef- bzw. Bürgersache erklären. Die Idee dazu: Die Bürger sammeln und bieten dem Investor an, das Grundstück zurückzukaufen, aus Investorengrundstück wird Bürgerfläche. Wer möchte, kann dazu mit unserer Initiative in Kontakt gehen und uns über www.bremer-bahnhofsplatz-initiative.de, Kontakt in einer E-Mail einen Betrag nennen, den sie/er bereit wäre zu geben, das ist erst einmal unverbindlich. Wir wollen sehen, was da zusammen käme. Buten un binnen, wagen un winnen.



Gastautor
Olaf Brandtstaedter,
parteilos, ist Sprecher der
Bremer Bahnhofsplatz
Initiative